

Abonnementspreis für die  
Lahn- und Moselle  
700 Milliarden Mark.  
Einzelpreis  
120 Milliarden Mark.  
Erlaubt durch mit Ausweis der  
Zensur und sonstige Beschränkung  
nehmen die Verlagsstellen, die Aus-  
träger, sowie alle Verlagsstellen ein-  
gegan. — Im Falle höherer Bewer-  
dung des Preises behält sich das Recht  
auf Nachdruckung od. Preisverhö-  
herung.

# Lahn- und Moselle

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.  
Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreis:  
Millimeterzeile 8 Wochen  
wärtig, anst. Bekanntmachungen  
u. Verdingungen 12 Goldpf., Be-  
kannntmachung 25 Goldpf. Die Goldpf.  
preise werden mit dem nächsten  
Emsler Monatsheft bereinigt. —  
Druck u. Verlag: G. Ege, Sommer,  
Bad Ems, Joh. v. Heyer, Deis-  
linghofen, Weiskopf & Koenig,  
55, Fernstr. 7, Schillstraße: G.  
H. Bloch, Tel.-Nr.: 2496. **Lehmann**  
Ems, Bankkonten: Kass. Landes-  
bank u. Bank f. d. Rheinlande,  
Bad Ems, Postfach 27 (M) 10018

Nummer 3 Bad Ems, Freitag den 4. Januar 1924 2. Jahrgang

## Außenpolitische Jahreswende

Die außenpolitische Lage ist an der Wende der Jahre 1923 und 1924 noch vollkommen unübersichtlich. In dieser Unklarheit trägt in erster Linie die weltliche Lage in England der. Niemand weiß mit Sicherheit zu sagen, wer in England im neuen Jahre das Staatsoberhaupt in die Hand nehmen wird. Die allgemeine Ansicht scheint dahin zu gehen, daß man die Regierung der Arbeiterpartei überlassen wird. Ganz so sicher ist das indessen noch nicht, da die konservativen sich als die stärkste Partei des Parlamentes betrachten können und zum Teil wohlwollende keine besondere Neigung zeigen, die Macht aus der Hand zu geben. Aber selbst wenn die Konservativen als die Beschlagene des Wahlsieges die Regierung abgeben, und die Arbeiterpartei als die stärkste Partei nach ihnen, das Steuer in die Hand nehmen — selbst dann loest man noch Unklarheiten mit voller Bestimmtheit, was werden wird. Die Arbeiterpartei weiß natürlich ganz genau, daß sie mit der Uebertragung der Regierungsbefugnisse auf eine weit gefährlichere Probe gestellt werden soll und sie wird deshalb die Hand von aller radikalen Programmforderungen weglassen. Sie wird sich vielmehr von der Idee auf eine Kompromisspolitik einrichten und man kann im Voraus nicht sagen, was dabei heraus kommt. Immerhin wäre außenpolitisch mit einer stärkeren Aktivität in der Reparations- und in der Ruhrfrage zu rechnen, ebenso wie wohl auch die Durchführung der Sowjet-Regierung wenigstens als Anlage der neuen Zukunft ins Auge gefaßt werden würde. Aber man weiß an der Jahreswende noch nicht, mit Bestimmtheit, ob Ramsay MacDonald der fünftägige englische Ministerpräsident sein wird und deshalb wird man am besten zur Zeit noch auf Beobachtungen verzichten. Der Januar wird sicher nicht zu Ende gehen, ohne wenigstens in diesem Punkte Klarheit geschaffen zu haben.

Eine kann man auch an der Jahr- so unübersichtlichen Jahreswende mit aller Bestimmtheit behaupten: Die französische Politik hat sich nicht geändert. Die Auslösung der Savass-Agentur, die die deutschen Ruhrforderungen direkt auf den Kopf stellte, ließ die Herrschaft des alten französischen Weltansicht in der Außenpolitik erkennen. Der französische Ministerpräsident hat es nicht unversucht, beim Kaiserempfang der Pariser Diplomaten diesen Eindruck zu bestätigen. Das deutsche Volk hat alle Ursache, die französische Politik für die Zukunft nicht zu überdauern. Herr Poincaré reist von dem französischen Bedürfnis nach dauerndem Frieden und von der Aussicht, daß endgültige Ordnung und endgültiger Frieden nahe liegen. Wie der französische Ministerpräsident sich Verbindung und Frieden vorstellt, hat er bei demselben Reichspräsidenten deutlich gesagt, als er die Beharrlichkeit der französischen Politik rühmte, die endlich doch ihre Kräfte getrieben habe. Herr Poincaré hat aber beim Neujahrsempfang die Angelegenheit als Grundlage des Friedens und der Befriedigung geschrieben. Heute kann man nur feststellen, daß die Außenpolitik auch zu Beginn des neuen Jahres das Kernproblem und die Kernfrage der gesamten europäischen Politik ist.

Da die Außenpolitik nach der englischen Seite noch vollständig unübersichtlich ist, so kommt der einzige Blickpunkt, der die Zukunft wenigstens einigermaßen erhellt, von jenseits des Atlantischen Ozeans. Der amerikanische Handelsminister Hoover hat sich in einer Neujahrsvorlesung außerordentlich optimistisch über die Gesamtlage ausgesprochen. Er sieht nicht nur die Lage Amerikas in glänzender Höhe, sondern ist auch der Ansicht, daß das deutsche Problem einer glänzenden Lösung nähergerückt sei. Er vertraut dabei auf das baldige Zusammenrücken einer Konferenz, die für die deutsch-französischen Beziehungen eine hoffnungsvolle Lage schaffen werde. Wenn man nach dem Klang der Worte Poincarés im Ohr hat, so fehlt ihnen für diese amerikanischen Hoffnungen etwas der Wärme. Aber ein Licht doch hatten: Die Ueberzeugung, daß die Weltmächte Staaten von Nordamerika sich wieder für die europäische Politik erwidern und wohl auch einschließen sind, etwas für die Befestigung dieser Politik zu tun. Der Grund dieser Haltung liegt natürlich im eigenen amerikanischen Interesse. Die englischen Staatsmänner ebenso wie die amerikanische Politiker dieses Landes aber der Einfluß der französischen Außenpolitik auf die weltlichen Beziehungen Englands klagen, so hebt auch Hoover hervor, daß kein Land der Welt, daß auch Amerika nicht, von diesen Folgen unversichert bleibe.

## Die Feststellung der französischen Antwort begonnen.

Paris, 3. Jan. Nachdem nunmehr auch der Bericht des Generals Degoutte vorliegt, hat am 2. Jan. d'Orsay mit der Feststellung der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 2. Dezember begonnen. Das französische Dokument wird indessen Herrn von Doessh kaum vor kommenden Dienstag überreicht werden, da Poincaré erst am 7. Januar aus dem Marine-Departement wo er seit gestern nachmittag zur Beilegung an dem auf Sonntag festgesetzten Senatswahlen weilt, zurückkehren wird. Die französische Antwort soll zweifellos mit der belgischen Antwort verhandelt werden. Ueber den allgemeinen Sinn der französischen Antwort werden bereits verschiedene nicht sehr optimistische Angaben in die Öffentlichkeit gedrungen. Namentlich dürften die deutschen Angelegenheiten auf finanziellen Gebiet scharf kritisiert und auch zum größten Teil verworfen werden. Die französische Regierung beabsichtigt indessen, an alle Fälle die Türe zu weiteren Verhandlungen offen zu halten. Es scheint überhaupt in Paris ein lebhafter Wunsch zu bestehen, die Aussprache mit Deutschland durch Einbeziehung des Reparations-

problems zu erweitern. Man erwartet in Frankreich, daß der Antrag zu neuen Reparationsverhandlungen von Berlin ausgeht und hat daher vorherrschend den Westberliner Plan im Auge, weil kein anderes Projekt dieselben Ansichten habe, eine gutdienliche und dauerhafte Lösung des Problems zu bieten. Doch wird in den nachgehenden politischen Kreisen hinzugefügt, wenn nicht dieser Plan, so ein anderer. Die Vorschläge von Westberlin am 2. Jan. d'Orsay, sind als abgeschlossen zu betrachten. Inzwischen hat der deutsche Großindustrielle gestern noch Verhandlungen mit politischen Kreisen geführt. Doch dürften diese heute zum Abschluß gelangen. Westberg wird Freitag seine Rückreise nach Berlin an, und wird sich dort unterzüglich mit den Regierungskreisen in Verbindung setzen. Unter Vorbehalt sei die von gewissen Politikern aufgestellte Hypothese widergegeben, wonach infolge der innerpolitischen Krise in England mit einer Neuorientierung der französischen Politik im Sinne einer konstanten konservativen Politik unter Berücksichtigung Deutschlands zu rechnen sei.

## Politische Nachrichten Deutschland

Der neue amerikanische Gesandte beim Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Jan. Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten amerikanischen Gesandten Dr. Hubis zur Entgegennahme seines Beglaubigungsdokuments empfangen.

Der Anschlag gegen Moske.

Hannover, 2. Jan. In der Silber-Nacht und gestern früh wurden in Hannover wieder mehrere Kommunisten verhaftet, die im Verdacht stehen, an dem Bombenanschlag gegen den Reichspräsidenten beteiligt zu sein.

Der Anschlag der Hypotheken.

Berlin, 3. Jan. Die verurteilten, Tante es als völlig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß ein Verbot der Ausfuhr von Hypotheken durch die Regierung erlassen wird. Ueber die Ausfuhr von Hypotheken sind zur Zeit Erörterungen in der Sache und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Ausfuhr von Hypotheken bis zu 10 Prozent des Rückkaufpreises erfolgt. Eine Ausfuhr würde aber zum Teil der Verzinsung zur Steuer dienen. Gegenwärtige Verhältnisse in dieser Richtung sind jedoch nicht günstig. Es ist möglich, daß man sich dahin entschließt, die Ausfuhr von Hypotheken von Fall zu Fall durch ein Schiedsgerichtverfahren entscheiden zu lassen.

Bombenattentat in Hannover von den Kommunisten veranlaßt.

Hannover, 2. Jan. In der der einiger Zeit vor den Toren der Stadt erfolgten Sprengstoff-Explosion und der kurz darauf gegen das Regierungsgebäude verübten Bombenattentat teilte das Polizeipräsidium mit: Die Bombenattentate sind von Mitgliedern der kommunistischen Partei veranlaßt worden. Die Hauptleistung in Berlin und die Verurteilung Hannover hatten Anwendung ergeben lassen, Sprengstoffe und Sprengstoffe zu beschaffen und ein besonderes Kommando zu bilden, um die Bevölkerung, die Bewohner in militärische Personen und Beamte zu bewachen. Es ist gelang, einen Teil der Sprengstoffe zu beschaffen, die als Material in Frage kommen. Später abend ist ein Mann verhaftet worden, der im Besitz einer fertigen Bombe war.

Bayern

Vorlag über eine Abänderung des Einbürgerungsgesetzes.

Wie die Blätter aus München melden, hat nunmehr die bayrische Regierung die Vorlage über eine Abänderung des Einbürgerungsgesetzes dem Landtag zur Beratung vorgelegt. Der Reichspräsident hat dem Reichstag raten lassen. Der Reichspräsident hat dem Reichstag raten lassen, die Vorlage dem Reichstag raten lassen. Der Reichspräsident hat dem Reichstag raten lassen.

Thüringen

Weitere Festnahme von hohen Staatsbeamten.

Am 2. Januar wurde auch der thüringische Innenminister Drenmann wegen Verdunkelungsgeschäfte verhaftet. Sowohl bekannt ist, wird ihm der Verurteilung gemacht, Aufstellungen von Anzeigebüchern in einigen Fällen in unzulässiger Form vordatiert zu haben. Es ist zu erwarten, daß die Ermittlungen

lald eine Klärung der Angelegenheit bringen werden. Wie verlautet, wird die Reichsregierung zu den Ermittlungen der nach Weimar ersandten Reichsbeauftragten erst Stellung nehmen, nachdem das thüringische Staatsministerium zu diesen Feststellungen sich geäußert hat. Die Aussprache mit den thüringischen Staatsministern wird voraussichtlich am nächsten Samstag in Berlin sein.

## Frankreich

Verlaß der Deutschen Regierung zum Untergang der „Dynamide“

Paris, 3. Jan. Der deutsche Gesandte in Paris, Graf von Helldorf, hat der französischen Regierung das Verlaß der deutschen Regierung zu dem Verlust des lenkbaren Luftschiffes „Dynamide“, bei dem anscheinend 50 Menschen den Tod gefunden haben, ausgesprochen. Er hat zu gleicher Zeit dem Wunsch Ausdruck verliehen, es möge gelingen, durch Zufinden der Retter der Trauer des französischen Volkes zu lindern.

Um den Pariser Volkshaterposten

Paris, 3. Jan. Das Ministerium über den verstorbenen Nachfolger des verstorbenen deutschen Volkshaterposten Dr. Weber wird in der Presse fortgesetzt. Das Journal glaubt zu wissen, daß Herr von Doessh dem ihm angetragenen Volkshaterposten mit dem Vorschlag abgelehnt habe, daß die ersten Ausgaben seine Kräfte übersteigen. Als Vermittler deutscher Volkshaterposten wird wieder Staatssekretär Bergmann genannt.

Die französisch-deutschen Handelsbeziehungen.

Paris, 2. Jan. Havas berichtet aus Berlin: Ein Vertreter der Berliner französischen Kolonie hat bei dem gestrigen Empfang in der französischen Botschaft den Wunsch ausgesprochen, daß das geplante Willkommen zwischen Frankreich und Deutschland möglich gemacht werde. Die französische Kolonie bringt den Wunsch zum Ausdruck, das Jahr 1924 möge eine politische Entspannung bringen, die für die französischen Geschäftsleute in Deutschland die Grundlage des Erfolges ist, damit sie ihre Aufgabe im Interesse der französischen Industrie und des französischen Handels durchführen können. Der Volkshaterposten erklärte die Franzosen in Berlin der wachsenden Aufmerksamkeit, die die französische Regierung der Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland widmet und erklärte, möge das Jahr 1924 allen denen, die die Aufgabe haben, den Frieden wieder herzustellen, jenen klaren Blick und jenes feste Gefühl für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen geben, die allein in der Lage sind, ein dauerhaftes Gebäude für die nötige Solidarität aufrecht zu erhalten.

## England

Zum französisch-somalischen Vertrag

London, 2. Jan. Der diplomatische Beicht-erhalter des Daily Telegraph meldet, der französisch-somalische Vertrag zwischen Dr. Borchgrevink und dem Reichspräsidenten wird Ende des Monats nach der Belgrader Konferenz der Kleinen Entente einen Besuch in London abhalten, um der britischen Regierung die wichtige Bedeutung des französisch-somalischen Vertragsentwerfes darzulegen.

Baldige Kabinettsitzung

London, 2. Jan. Der Daily News hehrt heute Baldwin nach der Daily Mailer zurück. Die Kabinettsitzung werde demnach über die Erwerbsbeschleßung.

## Thomas über das Programm einer Arbeiterregierung.

London, 2. Jan. Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede in Derby, in dem Programm einer Arbeiterregierung würden keine wichtigen Forderungen enthalten sein, die Abstimmlung im Unterhaus würde sonst sehr bald die Antwort darauf erteilen. Eine Arbeiterregierung würde jedoch versuchen, den Frieden im Auslande wiederherzustellen.

Engl. Stimmen zur Verbilligung der deutschen Note.

London, 2. Jan. In den von französischer Seite gegen die britischen Reparationsforderungen erhobenen Einwürfe wegen der Verbilligung des Angebots der letzten Deutschen Devisen führt der Nationalistische Vertreter des Daily Telegraph aus, im gegenwärtigen Augenblick könne die Diplomatie sich, wenn genug geföhrt werden. Der Anschlag möge entgegengehalten werden, daß das in Frage kommende Memorandum über die belgischen Gebiete Frankreich und Belgien allein und nicht die übrigen Mächte angehe. Lord Curzon selbst habe in einer seiner Reden erklärt, daß Großbritannien als eine der Weltmächte Anspruch darauf habe, mit Bezug auf Veränderungen des Besatzungsregimes zu Rate gezogen zu werden.

## Amerika

Hoover über die wirtschaftliche Lage.

Paris, 2. Jan. In der Erklärung des Staatssekretärs Hoover zum Neujahrstag heißt es nach einer Washingtoner Meldung des New York Herald noch, im Jahre 1923 hätten die Vereinigten Staaten den höchsten Produktionsstand seit dem Krieg aufzuweisen gehabt. Die Beschäftigung sei reichsweit gewachsen, die Reallohn hoch und die Kapitalanwendung habe sich vermehrt. Der Wohlstand habe Fortschritte gemacht und das Lebensniveau habe die höchsten Verbesserungen seit dem Krieg erfahren. Das ganze sei Hand in Hand gegangen mit einem bemerkenswerten Anstieg der Spekulation und der gefährlichen Kreditüberpannung. Amerika habe niemals in der Geschichte einen so hohen Standard of Life und einen so hohen Grad kommerzieller und industrieller Tätigkeit erlebt, wie jetzt. Die wirtschaftlichen Aussichten für Amerika seien glänzend und die Lage in der Welt sehr hoffnungsvoll, allerdings nur auf Grund der Aussichten, die die aufkommenden Verhandlungen über eine Regelung der deutschen Frage böten. Selbst wenn diese letztere Regelung ausbleibe, so gebe es noch genügend andere wichtige Probleme im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der internationalen Handelsbeziehungen auf Grund des Wiedertritts von deutscher Kohle und deutschen Stahl in den Weltmarkt auf den Weltmärkten und im Zusammenhang mit der etwaigen Rückkehr von Kapitalien nach Europa, die nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien.

## Griechenland

Denks in Griechenland.

Athen, 3. Jan. Venizelos hat an die griechische Regierung ein Punktelistenprogramm vertriebt, worin er seine Ansicht kundgibt, eine Balkanunion müsse über die beiden Fragen zu veranlassen: 1. Rücktritt der Monarchie. 2. Die Dynamide des griechischen Königshaus oder eine andere Dynastie.

Athen 3. Jan. In einer gemeinsamen Erklärung der republikanischen Partei mit Venizelos wurde beschlossen, in der ersten Sitzung des Parlamentes die Abdankung der Dynamide auszusprechen.

Einberufung der Nationalversammlung und Abjüng der Dynamide.

Paris, 2. Jan. Wie dem Echo de Paris aus Athen berichtet wird, haben 62 liberale Abgeordnete von republikanischer Färbung der Partei unter dem Vorsitz von Papantolais einstimmig dessen Vorschlag angenommen, ohne die Ankunft Venizelos abzuwarten, heute die Nationalversammlung für eröffnet und die Dynamide als verurteilt zu erklären. Die Verammlung beschloß ferner, die Einführung eines Senats zu verlangen, der seit 1864 in Griechenland nicht mehr besteht. 81 liberale Abgeordnete haben unter dem Vorsitz des ehemaligen griechischen Gesandten in Washington Kifon jede Zusammenarbeit mit den Republikanern abgelehnt und beschließen, sich unter Venizelos nur zu gruppieren.

Um die Zukunft der Insel Korfu.

Paris, 2. Jan. Nach einer Unterredung aus Athen hat ein französisches Syndikat der griechischen Regierung vorgeschlagen, das Schloß des ehemaligen deutschen Kaisers auf Korfu in ein zweites Monte Carlo umzuwandeln, wobei Griechenland ein großer Teil der Gewinne zufallen soll. Auch ein





